Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode

Drucksache 15 / 1223
07. 02. 2012
Geänderte Fassung

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Duale Ausbildung stärken und ihre Attraktivität steigern

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie hoch das strukturelle Unterrichtsdefizit ist, mit dem die (Teilzeit-)Berufsschulen in das laufende Ausbildungsjahr 2011/2012 gestartet sind;

2. ob es einen Stufenplan zum Abbau des strukturellen Defizits gibt und wenn ja, wie gegebenenfalls die konkreten Schritte dieses Planes aussehen beziehungsweise bis wann mit der Beseitigung des Unterrichtsausfalls an den Berufsschulen zu rechnen ist;

3. ob es Überlegungen zur Erarbeitung von Leitlinien zur Schulentwicklungsplanung gibt, um die künftige Entwicklung der beruflichen Schulen unter Berücksichtigung der Demografie, des Berufswahlverhaltens und der Modernisierung von Ausbildungsberufen zu steuern und zu begleiten und wenn ja, wie diese Überlegungen aussehen;

4. wie sie sicherstellen will, dass ihre schulpolitischen Reformen wie beispielsweise die Einführung der Gemeinschaftsschule oder die partielle Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums nicht zu Lasten der dualen Ausbildung gehen beziehungsweise welche Maßnahmen sie ergreift, damit trotz der nunmehr fast voraussetzungslosen Zugänge zu den weiterführenden Schulen der direkte Einstieg in die duale Ausbildung für die Schülerinnen und Schüler eine attraktive Alternative bleibt;

Eingegangen: 07. 02. 2012 / Ausgegeben: 14. 09. 2012

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

5. welche Überlegungen zur Umsetzung der Aussagen im Koalitionsvertrag, schulische Ausbildungszeiten durch die Kammern anerkennen zu lassen sowie für Berufskollegs die Kammerprüfung einzuführen, bestehen.

07. 02. 2012

Dr. Rülke

und Fraktion

Begründung

Das duale System der Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule sichert die berufliche Zukunft junger Menschen und ist für die Wirtschaft ein Standortfaktor ersten Ranges. Es darf deshalb nicht an Attraktivität verlieren. Dazu brauchen die Ausbildungsbetriebe starke und verlässliche Berufsschulen als Partner. Im Wettbewerb mit Hochschulen und den anderen Schularten müssen sich die Akteure der dualen Ausbildung darauf verlassen können, dass die Berufsschulen ihren Teil der Qualifizierung beitragen und dass das seit Jahren bestehende strukturelle Unterrichtsdefizit an den Berufsschulen beseitigt wird. Komplexer werdende Berufe mit demografiebedingt weniger Auszubildenden in heterogenen Klassen erfordern eine sorgfältige Schulentwicklungsplanung im Bereich der beruflichen Schulen. Der direkte Einstieg der Absolventen ins duale System wird eingeschränkt, wenn die Berufsschulen vernachlässigt werden – sei es in ihrer sächlichen und personellen Ausstattung, in ihrer organisatorischen Weiterentwicklung hin zu mehr Selbstständigkeit oder im Blick auf die Beratung der Schüler. Das duale System muss als gleichwertige Alternative zu schulischen und hochschulischen Wegen dargestellt und wahrgenommen werden. Zur Attraktivität der dualen Ausbildung gehört auch, dass die betriebliche Ausbildung nicht durch vollzeitschulische Ausbildungsgänge ersetzt wird.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 28. Februar 2012 Nr. 43–6412.101/58/1 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie hoch das strukturelle Unterrichtsdefizit ist, mit dem die (Teilzeit-)Berufsschulen in das laufende Ausbildungsjahr 2011/2012 gestartet sind;

Der rechnerische Fehlstundenanteil im wissenschaftlichen und fachpraktischen Unterricht an den öffentlichen beruflichen Schulen im Geschäftsbereich des Kultusministeriums beläuft sich nach endgültigen Ergebnissen im Schuljahr 2011/2012 auf 4,1 % der Sollstunden.

Die Verteilung der zugewiesenen Lehrerwochenstunden auf die Schularten und Klassen ist Aufgabe der Schulleitung, wobei nach den Vorgaben des Organisationserlasses die dualen Ausbildungsgänge vorrangig versorgt werden sollen.

2. ob es einen Stufenplan zum Abbau des strukturellen Defizits gibt und wenn ja, wie gegebenenfalls die konkreten Schritte dieses Planes aussehen beziehungsweise bis wann mit der Beseitigung des Unterrichtsausfalls an den Berufsschulen zu rechnen ist;

Das strukturelle Defizit an den beruflichen Schulen hat sich über mehrere Jahre aufgebaut. Aufgrund der allgemeinen Haushaltslage, auch der von der alten Landesregierung begonnenen, aber mittelfristig nicht finanzierten Maßnahmen ist ein vollständiger Abbau kurzfristig nicht möglich. Im laufenden Haushaltsjahr wird durch die Nutzung von im Rahmen der demografischen Rendite frei werdenden Deputate mit dem Abbau des strukturellen Defizits begonnen. Ein weiterer Abbau ist angestrebt. Über die konkreten Abbauschritte und die damit verbundenen Ressourcen kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden, da andere Bedarfsfaktoren im Schulbereich, Einsparauflagen u. ä. noch nicht hinreichend bekannt sind.

3. ob es Überlegungen zur Erarbeitung von Leitlinien zur Schulentwicklungsplanung gibt, um die künftige Entwicklung der beruflichen Schulen unter Berücksichtigung der Demografie, des Berufswahlverhaltens und der Modernisierung von Ausbildungsberufen zu steuern und zu begleiten und wenn ja, wie diese Überlegungen aussehen;

Für den Erhalt eines leistungsfähigen Berufsbildungssystems ist nach der Handlungsempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ eine regionale Standortplanung notwendig, die unter Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten ein bedarfsgerechtes und innovatives Bildungsangebot in der Region sicherstellt.

Zur dynamischen Standortoptimierung ist es erforderlich, Expertenwissen einzubeziehen und die verschiedenen Interessengruppen an der regionalen Schulentwicklung auf Ebene der Regierungspräsidien zu beteiligen. Um hierbei Unterstützung und Orientierung zu geben, erarbeitet das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport gemeinsam mit den Regierungspräsidien einen Katalog der zu berücksichtigenden Aspekte. Er wird die in der oben genannten Handlungsempfehlung aufgelisteten Ziele und Kriterien aufgreifen (z. B. Bildungsangebote vor Ort und in den Nachbarkreisen, regionale Verkehrssituation, räumliche Situation). Wichtig sind flexible Lösungen, die den unterschiedlichen Anforderungen und Gegebenheiten vor Ort Rechnung tragen.

Das Kultusministerium ist auch mit den Kommunalen Landesverbänden zu dieser Fragestellung im Gespräch.

4. wie sie sicherstellen will, dass ihre schulpolitischen Reformen wie beispielsweise die Einführung der Gemeinschaftsschule oder die partielle Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums nicht zu Lasten der dualen Ausbildung gehen beziehungsweise welche Maßnahmen sie ergreift, damit trotz der nunmehr fast voraussetzungslosen Zugänge zu den weiterführenden Schulen der direkte Einstieg in die duale Ausbildung für die Schülerinnen und Schüler eine attraktive Alternative bleibt;

Förderung der beruflichen Orientierung in allen Klassenstufen der GMS

Ein zentraler Schwerpunkt der Arbeit in den Gemeinschaftsschulen wird eine gezielte individuelle Förderung vor allem auch im Bereich der beruflichen Orientierung sein. Dies wird sich zukünftig in den weiterentwickelten Bildungsplänen wie ein roter Faden durch alle Klassenstufen der allgemein bildenden weiterführenden Schulen ziehen. Hierzu wird im Rahmen eines konsistenten Systems eine gezielte Förderung der Ausbildungsreife durch alle Klassenstufen hindurch angebahnt. Die Möglichkeiten eines Lernens in dualen Kontexten – Schule und Unternehmen – wird maßgeblich gefördert. Der Übergang in eine duale berufliche Ausbildung im Anschluss an die Gemeinschaftsschule steht gleichwertig neben der Möglichkeit weiterführende Schulen zu besuchen.

Bildungspartnerschaften unterstützen die Vernetzung der Schulen mit den örtlichen Betrieben

Baden-Württemberg ist das erste Bundesland, das mit den Spitzen der Kammern und Verbänden der Wirtschaft eine bilaterale Vereinbarung zum Ausbau von Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen unterzeichnet hat. Gut drei Jahre alt ist die Vereinbarung zum Jahresende 2011 geworden. Grund genug, aus Sicht der Schulen und der Partnerunternehmen eine Bilanz zu ziehen: Zwischenzeitlich kooperieren über 1.500 allgemein bildendende weiterführende Schulen mit ca. 3.500 Unternehmen im Land auf der Basis einer festen Vereinbarung. Am 29. März 2012 wird es einen ersten landesweiten Fachkongress zum Thema Bildungspartnerschaften geben. Neben der flächendeckenden Umsetzung des Projekts an allen allgemein bildendenden weiterführenden Schulen stehen die Aktualisierung und Fortschreibung der Vereinbarung und die qualitative Weiterentwicklung der Bildungspartnerschaften auf der Agenda des Fachkongresses.

„Ausbildungsbotschafter“ bringen die „Praxis“ direkt in die Schulen

Viele Jugendliche verlassen die Schule ohne konkreten Berufswunsch und ziehen eine Ausbildung wenig in Betracht. Vielmehr entscheiden sie sich für weiterführende Schulen, ohne zu wissen, dass eine duale Ausbildung aussichtsreiche Perspektiven eröffnet. Um diesem Trend entgegenzuwirken, wurde die landesweite Initiative „Ausbildungsbotschafter“ gestartet. Dabei werben zuvor besonders geschulte Auszubildende in allgemein bildenden Schulen für eine Berufsausbildung. Die Ausbildungsbotschafter ermöglichen direkte und authentische Einblicke in interessante Ausbildungsberufe und geben umfassende Informationen über die Berufsausbildung, über die Vielfalt der Berufswelt und über Karrieremöglichkeiten. Der Kontakt zum wirklichen Arbeitsleben und der Kontakt mit nur wenig älteren Auszubildenden bauen bei den Schülerinnen und Schülern Unsicherheiten ab und schaffen Motivation und Lernbereitschaft.

5. *welche Überlegungen zur Umsetzung der Aussagen im Koalitionsvertrag, schulische Ausbildungszeiten durch die Kammern anerkennen zu lassen sowie für Berufskollegs die Kammerprüfung einzuführen, bestehen.*

Nach Auffassung der Landesregierung ist das duale System der Berufsausbildung nach wie vor das beste Konzept für den Erwerb praxisnaher und bedarfsorientierter Berufsqualifikationen. Um die Effizienz von Bildungswegen zu verbessern wurden in den letzten Jahren Modelle zur stärkeren Verzahnung von vollzeitschulischen Bildungsgängen mit dem dualen Ausbildungssystem entwickelt. Dadurch wurden die Voraussetzungen für eine Verkürzung einer anschließenden dualen Berufsausbildung geschaffen.

Warminski-Leitheußer

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport